

04.07.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

Arbeitsplätze sichern durch Windkraftausbau

I. Schwarz-gelb beendet Windkraftausbau in NRW

Die schwarz-gelbe Koalition hat das Ende der Windenergie in NRW verabredet. Sie gefährdet damit die Planungssicherheit auf den Energiemärkten und die Perspektiven für einen modernen und wettbewerbsfähigen Industriestandort NRW.

88% des Stromverbrauchs in NRW wurden 2015 noch aus fossilen Erzeugungskapazitäten gedeckt, d.h. 12% des Stromverbrauchs wurde 2015 bereits durch erneuerbare Energien gedeckt. Dabei hat sich die Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien von 2010 (10,5 TWh) bis 2015 (17,1 TWh) stark erhöht, maßgeblich getragen durch die Windkraft. Bis 2010 wurde die Windenergie als Rückgrat der Energiewende durch hohe Auflagen der damaligen CDU/FDP-Regierung ausgebremst. Gingen noch 2010 nur 90 MW an Windenergiekapazität ans Netz, waren es 2016 fast 600 MW (brutto) zusätzliche Leistung - das ist Platz 1 beim Zubau unter den deutschen Binnenländern. Damit wurden 2016 insgesamt eine Milliarde Euro in den Windenergieausbau in NRW investiert. Inzwischen arbeiten in NRW bereits ca. 18.000 Menschen in der Windenergiebranche. Dies kommt sowohl den Kommunen als auch der regionalen Wertschöpfung zu Gute.

Die Lippenbekenntnisse zur Energiewende und zum Klimaschutz im Koalitionsvertrag können nicht darüber hinwegtäuschen: CDU/FDP wollen das Ende des Windenergieausbaus in NRW. Dadurch gefährden sie zum einen zukunftsichere Arbeitsplätze in der Windenergiebranche und ihren Zulieferern in NRW. Darüber hinaus verliert die heimische Industrie insgesamt die Aussicht auf günstigeren Strom in der Zukunft. Die Industrie- und Handelskammern NRW hatten erst im Herbst 2016 eine Studie vorgestellt, die die enormen Chancen einer erfolgreichen Energiewende für die Industrie in NRW umreißt. Die Studie „Energiewende in Deutschland – Perspektiven für Industrie und Gewerbe“ geht davon aus, dass 2045 in bis zu 40 Prozent der Stunden im Jahr extrem günstigen Überschussstrom durch die erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen könnten, wenn die bisher feststehenden Ziele der Energiewende auch konsequent umgesetzt würden. Das bedeutet langfristig einen enormen

Datum des Originals: 04.07.2017/Ausgegeben: 04.07.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Wettbewerbsvorteil für die Wirtschaft in NRW. Diese Chance für die heimische Industrie wird nun aus ideologischen Anti-Energiewende-Motiven von CDU/FDP verspielt.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die von CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen zum Stopp des Windkraftausbaus im Interesse NRWs und seiner Industrie nicht umzusetzen.
- dem Bekenntnis für den Klimaschutz und für die Energiewende auch Taten folgen zu lassen und konkrete Maßnahmen und Meilensteine für die sozialverträgliche Erreichung der Klimaschutzziele einschließlich des Ausbaus der erneuerbaren Energien in NRW vorzulegen.

Norbert Römer
Marc Herter
Michael Hübner
Frank Sundermann

und Fraktion